

Evangelische Verantwortung

„Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik“



Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, anlässlich der 43. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10. Juni 2006 in Saarbrücken

Ich freue mich sehr, wieder einmal zu Gast beim Evangelischen Arbeitskreis zu sein, dessen Vorsitzende ich gerne war. Ich glaube, dass die Arbeit des EAK für die Christlich Demokratische Union unverzichtbar ist, und ich weiß, dass der EAK sich in alle wesentlichen Diskussionen, die wir in der Christlich Demokratischen Union führen, mit eingebracht hat, was für die Vertreter der CSU in gleicher Weise gilt.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Thesen zur Sonntagsruhe	12
Evangelisches Leserforum	14
20. CDU-Parteitag in Dresden	16

Der Evangelische Arbeitskreis ist gerade in einer Zeit von Umbrüchen eine wichtige Organisation, die den Mut hat, grundsätzliche Fragestellungen anzupacken, Antworten zu suchen, sich aber durchaus auch zu einem Suchprozess bekennt und nicht den Eindruck vermitteln will, auf jede Frage sofort schon eine Antwort parat zu haben. Der Evangelische Arbeitskreis hat auch immer wieder den Mut, Grenzen zu setzen. Grenzen zu setzen, wenn es um den Anfang und das Ende des Lebens geht. Grenzen zu setzen, wenn es z. B. um die Bioforschung geht. Er hat den Mut, auch durchaus hart zu sagen, wo seiner Meinung nach diese Grenzen liegen, und auch das gehört für mich dazu: Nicht jedermanns Freund sein zu wollen und für jede Position noch eine Erwägung, sondern nach reiflicher Diskussion eine Positionsbestimmung zu haben. Auch das muss ein Markenzeichen der Christlich Demokratischen Union sein.

Daneben stehen die Bundestagungen des EAK mit ihren immer wieder anspruchsvollen Aufgabenstellungen. Diesmal lautet sie: „Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“. Ich will mich auf die Politik beschränken, weil die Kooperation mit den Medien vielleicht besser dadurch stattfinden kann, dass die Medien in eine gewisse Selbstreflexionsphase eintreten und entsprechende Erkenntnisse sozusagen selbst gewinnen. Denn dass eine Verantwortung auch bei der Vermittlung von Politik besteht, das ist meiner Ansicht nach unstrittig. Und gerade in Zeiten der Umbrüche, in Zeiten, in denen wir Menschen

Nicht jedermanns Freund sein zu wollen und für jede Position noch eine Erwägung, sondern nach reiflicher Diskussion eine Positionsbestimmung zu haben. Auch das muss ein Markenzeichen der Christlich Demokratischen Union sein.

mitnehmen müssen, wenn es um neue Lösungsstrategien geht, manchmal auch nur um das Wahrnehmen völlig veränderter Strukturen, ist unzweifelhaft, dass da die Vermittlung und damit auch die Medien eine besondere Bedeutung haben.

Der Publizist und Philosoph Rüdiger Safranski schreibt in seinem Buch „Wieviel Wahrheit braucht der Mensch?“, wir bräuchten eine wahrheitspolitisch abgemagerte Politik. Das hört sich beim Lesen erst einmal ziemlich hart an. Wenn es aber in den entsprechenden Kontext gestellt wird, kann ich mich dem durchaus anschließen. Im Grunde fordert Safranski von der Politik ein, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, die Wahrheit für sich zu finden. Wahrheit und einzelner Mensch sind sehr stark miteinander verknüpft. Es gibt nicht die eine Wahrheit, sondern jeder Mensch bildet für sich seine Wahrheit. Und die Aufgabe der Politik ist es, Bedingungen und Möglichkeiten eines friedlichen und freien Zusammenlebens der einzelnen Menschen zu organisieren, sozusagen Spielregeln zu schaffen, in denen diese individuell gebildeten Wahrheiten eine Chance haben. Gefährlich wird es dann, wenn jemand versucht, aus dem, was für den einzelnen Menschen eine Wahrheit ist, eine Kollektivierung dieser Wahrheit zu machen und das in einem totalen Aspekt als die Wahrheit zu verkünden. Das hat historisch immer wieder in die absolute Irre geführt, und wir Deutsche haben damit ja auch dramatische Erfahrungen während der Zeit des Nationalsozialismus gemacht. Das heißt also, wir sollten sehr vorsichtig sein, wenn eine Gruppe, eine Klasse oder irgendjemand vorgibt, die Wahrheit zu kennen, und sie zur Herrschaftsausübung benutzt.

Diese verheerenden Erfahrungen haben dazu geführt, dass die Christlich Demokratische Union unter der Maßgabe des christlichen Menschenbildes gegründet wurde. Über dieses Menschenbild hat Konrad Adenauer 1946 für mich in wunderbarer Weise gesagt – das ist der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ein Gedanke der christlichen Ethik: „Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich“. Das ist unser Fundamentalsatz, aus dem sich unser Politikverständnis ableitet. Diese Würde des einzelnen Menschen findet ihre Begrenzung für den Einzelnen immer dort, wo er die Würde des anderen verletzt. Die Politik hat die Aufgabe, das Leben in Würde für alle Menschen – und nicht nur für manche, die uns passen

– zu gewährleisten. Das ist unsere Aufgabe, und das ist das, was wir als Durchsetzungsmöglichkeit für die Wahrheit als Bedingung in unserer Gesellschaft schaffen müssen.

Dieser Ausgangsgedanke, der genau die Antwort auf die verheerenden Erfahrungen mit den totalitären Herrschaftsformen des Nationalsozialismus war, diese Antwort schafft den Gestaltungsraum für die Politik, und das sagt Safranski. Ich finde mich da jedenfalls sehr gut wieder. Der wichtigste Beitrag der Politik ist es, auf die Einhaltung der Spielregeln zu achten, die jedem erlauben, seine Lebenswahrheit zu finden und zu erfinden, also auch sich zu entwickeln als Individuum, als von Gott geschaffener Mensch, als eine Person, die sich von jeder anderen Person unterscheidet, über die wir nicht das Recht haben zu richten, als ob der eine uns mehr wert wäre als der andere. Die Würde des Menschen ist nicht teilbar. Das ist unser Credo!

Zu dieser Aufgabe von Politik gehört auch, zu akzeptieren oder sogar dankbar aufzunehmen, dass wir Geschöpfe Gottes sind, dass wir Fehler machen, aber auch dass wir uns vor Gott mit dem, was wir tun, verantworten müssen, dass wir also Suchende sind, jeder für sich. Durch die Art und Weise, wie wir suchen und Antworten finden, sollten wir nicht den Anschein erwecken, ein Einzelner oder eine kleine Gruppe habe die Wahrheit gefunden. Aber wir sollten von uns verlangen, dass wir wahrhaftig in diesem Prozess vorgehen. Wahrhaftigkeit ist ein Gebot der Herangehensweise, mit der wir Politik betreiben sollten. Das ist es, was ich zumindest für mich als meinen Auftrag sehe. Darüber müssen wir Rechenschaft ablegen.

Wie können wir das? Was bedeutet das für die Politik? Ich glaube, es kann dreierlei bedeuten.

1. Es kann einmal bedeuten, dass wir unsere Worte und unsere Taten zur Deckung bringen müssen. Verdruss über die Politik ist an vielen Stellen dadurch entstanden, dass wir in einer ganz fatalen Spirale sind – im Übrigen nicht erst unter Rot-Grün. Es wurden Versprechungen gemacht, die dann aus den verschiedensten Gründen nicht eingehalten werden konnten, die zu Enttäuschungen geführt haben. Und wenn Erwartungen enttäuscht werden, kann es schnell passieren, dass die Menschen überhaupt nur noch Enttäuschungen erwarten. Deshalb halte ich es für eine der ganz wichtigen Aufgaben der großen Koalition, der großen Volksparteien, diesen Kreislauf von Erwartungen und Enttäuschungen zu durch-

*Die Würde des Menschen ist nicht teilbar.
Das ist unser Credo!*

Liebe Leserin, lieber Leser,

leider sind die Kenntnis und das Bewusstsein der christlich-kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft nicht mehr durchgehend gegenwärtig. Immer wieder meinen einige in der Politik ohne jegliche Sensibilität gegen christliche Werte und Überzeugungen wettern zu müssen. Ein besonders notorisches Beispiel hierfür sind wieder einmal die jüngsten Äußerungen des rechtspolitischen Sprechers der Grünen im Deutschen Bundestag, Volker Beck. Beck will den Tatbestand der Gotteslästerung nicht mehr länger unter Strafe gestellt wissen und meint, der **Blasphemie-Paragraph im StGB (§ 166)** gehöre auf den „Misthaufen der Rechtsgeschichte“. In dieser despektierlichen Wortwahl offenbart sich bereits der ganze Zynismus Becks gegenüber gelebter Religion und den Überzeugungen gläubiger Menschen.

Gerade die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass der Respekt gegenüber religiösen Glaubensüberzeugungen sehr wohl nötig und wichtig ist. Wenn Volker Beck den Blasphemie-Paragraphen als „Relikt aus voraufklärerischer Zeit“ bezeichnet, gleichzeitig jedoch zahlreiche neue, unhinterfragte Tabuzonen, z. B. in Form von völlig überflüssigen Antidiskriminierungsbestimmungen, aufrichtet und beschwört, wird klar, dass hier ein unverbesserlicher Ideologe spricht. Wie viele linke Ideologen verfügt auch Volker Beck offensichtlich nicht über die elementare Fähigkeit, die „Aufklärung“, die er anderen predigt, auf sich selbst und seine eigenen politischen bzw. weltanschaulichen Forderungen anzuwenden.

Doch es gibt dieser Tage auch Erfreuliches zu berichten. Mit überragender Mehrheit der Delegierten ist Ende November der auf Initiative des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) eingereichte Antrag zum konsequenten Sonn- und Feiertagsschutz auf dem **20. Parteitag der CDU Deutschlands in Dresden** beschlossen worden. Die CDU Deutschlands hat damit ein klares und eindeutiges Signal gegen die weitere Aushöhlung der allgemeinen Sonntagsruhe gesetzt.

Ich selbst habe auf dem Parteitag in Dresden in deutlicher Form die jüngsten Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Adventssonntagen in Berlin, Sachsen und Brandenburg kritisiert. Wenn wir gegenwärtig vor dem Hintergrund unseres christlichen Menschenbildes und unseres christlich geprägten Werteverständnisses über das neue CDU-Grundsatzprogramm diskutieren, dann muss eines klar sein: Wer den Sonn-

tag antastet, auch mit dem Argument von Umsatz und Arbeitsplätzen, stößt die Tür auf zur völligen Ökonomisierung aller menschlichen Lebensbereiche. Der Sonntag als Tag des Gottesdienstes und des Schutzes für Familien und Arbeitnehmer ist aber für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Die CDU Deutschlands hat mit ihrem **Dresdener Beschluss zum Sonn- und Feiertagsschutz** (siehe Seite 17) ein eindeutiges Bekenntnis zum konsequenten Schutz der christlichen Feiertagskultur in unserem Land abgelegt. Nach aktueller Beschlusslage des 20. Parteitages verpflichtet sich die CDU Deutschland nun dazu, **keine weiteren Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen** zu befürworten. Insbesondere in der Advents- und Weihnachtszeit 2006 ist dies ein klares und eindeutiges Signal zum Schutze unserer kulturellen, religiösen und sozialen Grundlagen.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes und gutes neues Jahr!

Ihr



Thomas Rachel MdB
Bundsvorsitzender des EAK der CDU/CSU



Die CDU Deutschlands hat ein klares und eindeutiges Signal gegen die weitere Aushöhlung der allgemeinen Sonntagsruhe gesetzt.

brechen. Wort und Tat, Verkündung und Ergebnis müssen wieder zusammengebracht werden. Das ist an vielen Stellen auch deshalb so schwierig, weil es uns verbietet, Aussagen zu machen, auf deren Ergebnis wir keinen Einfluss haben – oder nicht ausreichenden Einfluss haben –, weil damit manchmal das, was die Menschen als Verheißung erwarten, etwas schwächer ausfällt, weil so vieles schon versprochen wurde, so dass es erstmal eine Phase gibt, in der man sich gewissermaßen wieder mit der Realität anfreunden muss. Aber ich halte dieses Zusammenbringen von Worten und Taten für einen ganz wesentlichen Punkt, der Glaubwürdigkeit erzeugt und damit auch die Bereitschaft von Menschen mit sich bringt, weitere Schritte zu gehen, weitere Veränderungen zu tragen.

Ich halte das Zusammenbringen von Worten und Taten für einen ganz wesentlichen Punkt, der Glaubwürdigkeit erzeugt und damit auch die Bereitschaft von Menschen mit sich bringt, weitere Schritte zu gehen, weitere Veränderungen zu tragen.

2. Wenn es um Spielregeln geht, heißt das nichts anderes, als dass wir Bedingungen schaffen müssen, in denen Menschen nachvollziehen können, wie Politik eigentlich stattfindet. Wir haben eine Vielzahl von Situationen, bei denen die Leute das überhaupt nicht mehr nachvollziehen können. Dann kann man fragen, ob diejenigen, die darüber schreiben, schuld daran sind oder wir Politiker, weil wir es nicht richtig erklären können? Doch das ist nicht der entscheidende Punkt. Der Punkt ist – und davon bin ich zutiefst überzeugt: Die Menschen sind, wie sie sind. Wichtig ist, die Strukturen so zu organisieren, dass nicht einzelne Menschen in Machtvollkommenheit Dinge entscheiden können. Die Strukturen müssen sicherstellen, dass transparent wird, wie etwas zur Entscheidung gekommen ist. Und deshalb ist die Föderalismusreform nicht nur irgendeine Reform, sondern es ist eine Zuordnung von Verantwortlichkeiten und damit für Menschen eine Nachvollziehbarkeit, mit wem sie über was reden können, wer für was gerade stehen muss, wenn im Land dieses oder jenes passiert, das mir als einzelner Bürger vielleicht nicht gefällt.

Ich finde es ganz wichtig, dass deutlich gesagt wird, wo die Verantwortlichkeit der Länder liegt, wo die Verantwortlichkeit des Bundes liegt und wo die Verantwortlichkeit der Kommunen liegt. Ich halte es für ganz wichtig, dass es Politikbereiche gibt, die in der Verantwortlichkeit der Länder sind. Und dazu gehört z. B. die Schulpolitik. Da hat es auch gar keinen Sinn zu versuchen, daraus wieder gemischte Verantwortlichkeiten zu machen, selbst wenn mancher meint, dass der Bund dort auch ein wenig mitmischen sollte. Wenn wir Länder haben wollen, dann müssen wir auch den Wettbewerb zwischen den Ländern in Kauf nehmen. Dann können wir Ziele definieren, von de-

nen wir sagen: „Das müsste ein Schüler können, wenn er aus der Schule kommt.“ Aber wir sollten den Weg nicht vorschreiben, sondern sagen, dass das die Aufgabe der einzelnen Bundesländer ist. Ansonsten braucht man keine Bundesländer, wenn diese Bundesländer nicht für bestimmte Aufgabenbereiche verantwortlich sind und dann auch vor ihre Bürgerinnen und Bürger treten können, um ihnen zu sagen: „Das haben wir so gemacht, und hier haben wir das Ergebnis erreicht.“ Das wird dann auch Respekt und Anerkennung finden.

Eine Schwierigkeit besteht heute darin, dass 60 – 70 % der Gesetze zustimmungspflichtig sind. Man muss lange erklären, warum wegen welcher Verfahrensregelung welches Gesetz vom Bundestag und Bundesrat gemeinsam verabschiedet werden muss, und dann wird der Kompromiss im Vermittlungsausschuss gefunden. Der Vermittlungsausschuss ist das intransparenteste Gremium, das es in Deutschland gibt, und zwar per definitionem, also aus sich heraus, weil der Vermittlungsausschuss unter der Maßgabe stattfindet, dass aus ihm heraus nicht berichtet werden darf. Es darf nicht gesagt werden, wer was im Vermittlungsausschuss gesagt hat. Daraus entsteht aber, wenn zu viele Verfahren dort stattfinden, für den Bürger dieser ungute Eindruck, dass man eigentlich zum Schluss nicht mehr weiß, wer für was zuständig ist und wer woran mitgewirkt hat.

Deshalb ist die Föderalismusreform die Suche nach der Zuordnung von Verantwortlichkeiten bei Bund und Ländern in einer vernünftigen Weise, einer transparenteren Weise, so dass Menschen wieder politische Entscheidungsträger verantwortlich machen können für bestimmte Entscheidungen, wenn sie das, was gemacht wurde, nicht für richtig halten. Ich halte das für vernünftig, und deshalb brauchen wir die Föderalismusreform. Und ich kann das genauso für den EU-Verfassungsvertrag sagen. Auch dort war einer der ganz wesentlichen Punkte: Warum wollen wir einen solchen Verfassungsvertrag? Wir wollten den Menschen in Deutschland und in den Mitgliedsstaaten sagen, was die Aufgabe der Europäischen Union ist, warum wir uns nach dem Subsidiaritätsprinzip entschieden haben, bestimmte Verantwortlichkeiten nach Europa zu geben, und was die Aufgabe der Mitgliedsstaaten ist.

Dieser Verfassungsvertrag ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deswegen haben wir ihm auch zugestimmt. Er ist sicherlich nicht der Endpunkt

der Zuordnung von Verantwortlichkeiten, wie man ihn sich vorstellen kann. Und die Diskussion muss auch immer wieder neu geführt werden. Wir waren z. B. der Meinung, dass es auch Bereiche geben kann, bei denen wir zu einem bestimmten Zeitpunkt der Europäischen Union gesagt haben, dass sie auf europäischer Ebene geregelt werden müssen, z. B. die Landwirtschaftspolitik, bei denen wir uns aber inzwischen vorstellen könnten, dass sie zum Teil auch wieder von den Nationalstaaten mit geregelt werden könnten, um neue Anreize zu setzen. So etwas ist nie statisch. Aber richtig ist, dass wir den Menschen, wenn sie Europa akzeptieren sollen, sagen müssen, warum wir welche Verantwortlichkeiten auf die europäische Ebene geben, und warum wir

auf gar keinen Fall zulassen, bestimmte Verantwortlichkeiten der Kommune, dem Land oder dem Bund wegzunehmen. Alles andere fördert den Verdruss an Europa, und auch hier geht es wieder um Spielregeln, die eingehalten werden müssen.

3. Wenn es um Wahrhaftigkeit geht, dann geht es um Transparenz, dann geht es um die Tatsache, Worte und Taten zusammenzubringen, und dann geht es für mich um einen dritten Punkt. Es geht darum, die Dinge zu benennen, die wir als mittel- und langfristige Entwicklungen kennen, und wahrhaftig und intensiv nach Lösungen dafür zu suchen. Das ist in der Politik nicht immer ganz einfach, denn wir wissen ja Vieles.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 23. 11. 06

EAK begrüßt neues Nachdenken über Tugenden

Anlässlich des heute veröffentlichten Gemeinsamen Wortes des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens unter dem Titel „Demokratie braucht Tugenden“, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Das Gemeinsame Wort der Kirchen „Demokratie braucht Tugenden“ ist äußerst begrüßenswert. Es ruft uns erneut ins Bewusstsein, dass es für die Zukunft unserer Demokratie von entscheidender Bedeutung ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ihren je eigenen Beitrag zu einer förderlichen Gemeinschaftskultur aktiv und verantwortlich mit einbringen. Die persönliche Verantwortung in ethischer und politischer Perspektive ist in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen nicht delegierbar.

Deshalb ist es wichtig und unverzichtbar, wenn die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz eine neue Besinnung auf die Gestaltungskraft von Tugenden einfordern. Nicht schon das bloße Beschwören von Grundwerten und Prinzipien befördert eine menschenwürdige Kultur des gesellschaftlichen und politischen Miteinanders. Erst die Umsetzung und Bewahrung dieser Werthaltungen in persönlich gelebter Verantwortung setzt segenvolle Kräfte frei.

Es wird im Gemeinsamen Wort mit Recht betont, dass gerade auch Politikern sowie Interessen- und Medienvertretern gegenüber hohe individuelle ethische Verhaltenserwartungen entgegengebracht werden. Dazu gehören insbesondere Glaubwürdigkeit, persönliche Integrität und Wahrhaftigkeit. Wenn diese Tugenden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr erkennbar werden, nimmt unsere Demokratie langfristig schweren Schaden. Es ist ein großes Verdienst dieses Textes, neben den notwendigen sozialetischen, auch die individuelle ethischen Perspektiven als unverzichtbare Grundlagen unseres Gemeinwesens wieder neu in Erinnerung zu rufen.“

Wir wissen seit Jahren, dass wir eine demographische Veränderung unseres Landes haben. Da kommen dann die konkreten Fragen: „Wie klar spreche ich das aus?“ Manchmal beruhigen wir uns dadurch, dass wir sagen: „Eigentlich wissen das schon alle.“ Es heißt dann immer, wir hätten kein Erkenntnisproblem. Ich weiß nicht, ob es tatsächlich alle immer schon wissen. Auf jeden Fall ist es manchmal so, dass in dem Moment, in dem man eine Maßnahme beschließt, alle vergessen, dass ein Problem besteht. Wenn man die Diskussion in Deutschland verfolgt, die in der großen Koalition jetzt dankenswerter Weise geführt wurde, dass wir eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit brauchen, dann bin ich manchmal schon erstaunt, wie viele Argumente aufgebracht werden, warum man darüber jetzt bitte gerade nicht diskutieren müsste. Ich gebe ja zu, dass wir eine sehr unzufriedenstellende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei 4 1/2 Millionen Arbeitslosen haben und bei der Tatsache, dass Menschen jenseits des fünfzigsten Geburtstages, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, kaum noch Chancen haben, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das ist etwas, das für die ganze Gesellschaft abträglich ist, denn das vergeudet Erfahrung. Lebenszeit und Alter sind Erfahrungen, und Erfahrung gehört zu den wesentlichen Gütern.

Wir reden mit Recht viel über Generationengerechtigkeit im Blick auf die junge Generation. Aber wir müssen uns auch fragen, ob es eigentlich richtig ist, dass die Generation, die große Teile dieser Bundesrepublik Deutschland mit aufgebaut hat, Schritt für Schritt immer früher in den – wie es so schön heißt – wohlverdienten Ruhestand geschickt wird, obwohl sie in der Gesellschaft mit ihren Beiträgen noch dringend gebraucht würde. Das verstehe ich. Und trotzdem müssen wir die Diskussion führen, was es bedeutet, wenn wir im Jahr 2040 oder 2050 statt heute mit drei Arbeitnehmern, die für einen Rentner die Rente erarbeiten, vielleicht nur noch einen oder 1,5 haben. Was hat sich zwischen 1960, als wir sechs oder sieben Menschen hatten, die für einen Rentner gearbeitet haben, und heute, wo es drei sind, verändert?

Wir müssen diese Diskussion heute führen, obwohl wir alle wissen, dass wir daran nichts mehr ändern können, aber wir können durch die Familienpolitik für die Jahre 2060, 2070, 2080 etwas ändern. Der Zeitraum, bis die heute Erwerbstätigen in Rente gehen, ist vollkommen überschaubar. Deshalb müssen wir darauf reagieren und politisch die Weichen dafür stellen. Und deshalb

ist es eine wichtige Sache, dass die große Koalition gesagt hat, dass das zwar nicht jetzt passiert, aber dass es 2011, 2012 passieren wird. Das gehört zur Wahrhaftigkeit. Dafür erwarte ich dann auch, dass diejenigen, die das Problem erkennen, auch diesen beschwerlichen Weg mitgehen, den Menschen zu sagen, wie die Realität ist, und dass wir darauf reagieren müssen.

Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, in dem z. B. das Thema der Mehrwertsteuer eine Rolle gespielt hat. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir eine Senkung der Lohnzusatzkosten brauchen. Die Koppelung der Kosten der Sozialen Sicherungssysteme allein oder fast ausschließlich an den Faktor Arbeit kann auf die Dauer nicht gut gehen. Die Union hat – immer noch vorsichtig, aber immerhin – auch angesprochen, dass wir ein Problem mit unseren Haushalten haben. Zur Wahrhaftigkeit gehört einfach, deutlich zu machen, dass die Väter unseres Grundgesetzes eine ganz klare Idee hatten, wie ein Haushalt auszusehen hat, dass man nämlich mehr investiert als man neue Schulden macht. Und da waren sie im Grunde schon sehr tolerant. Wir haben jetzt im Bund über fünf oder sechs Jahre dieses Gebot nicht eingehalten, und elf Länder von sechzehn in der Bundesrepublik Deutschland haben das auch nicht getan, und sie haben Gründe, warum sie es nur ganz schwer können.

Aber zur Wahrhaftigkeit gehört auch, dass man es den Menschen sagen müsste, wenn wir beschlossen hätten, mehr Schulden zu machen als in die Zukunft zu investieren. Das aber halte ich für unverantwortlich gegenüber den zukünftigen Generationen, und deshalb ist diese Haushaltsfrage auch nicht irgendeine kleine finanztechnische Frage, sondern sie hat etwas mit unserem moralischem Anspruch zu tun, ob wir eigentlich zukünftigen Generationen auch noch etwas hinterlassen wollen, das ihre Spielräume nicht einengt. Wenn wir das ernst nehmen, dann müssen wir daraus auch Schlussfolgerungen ziehen. Und diese Schlussfolgerungen werden eben sehr zögerlich gezogen, und wenn sie gezogen werden, erzeugt es relativ wenig Freude. Ich halte es für absolut wichtig und richtig und auch für eine Aufgabe einer großen Koalition, einem solchen Thema ganz klar ins Auge zu sehen und sich nicht wieder wegzuducken, sondern das in Angriff zu nehmen.

Natürlich ist die Zahl der Maßnahmen nicht besonders erfreulich. Die Frage, vor der wir stehen, ist: Was passiert, wenn wir nichts tun,

Zur Wahrhaftigkeit gehört einfach, deutlich zu machen, dass die Väter unseres Grundgesetzes eine ganz klare Idee hatten, wie ein Haushalt auszusehen hat, dass man nämlich mehr investiert als man neue Schulden macht.

wenn wir uns wieder in die Tasche lügen, wenn wir wieder am Jahresanfang einen Haushalt aufstellen, von dem wir wissen, dass er bis zum Jahresende nicht aufrecht zu erhalten ist? Dann erzeugen wir nur noch weitere Enttäuschung und nach meiner festen Überzeugung in zwei, drei Jahren noch mehr Handlungsbedarf, als das heute der Fall ist. Wenn man heute nichts tut und gestern schon zu wenig getan hat, hat das zur Folge, dass man übermorgen das Doppelte und Dreifache tun muss, und das ist mit Sicherheit noch schmerzhafter, als wenn man es rechtzeitig tut.

Deshalb sagen wir, dass wir die Mehrwertsteuer um 3 % erhöhen müssen. 1 % wird zur Senkung der Lohnzusatzkosten verwendet. Zusätzlich wird die Bundesagentur für Arbeit den Beitrag für die Arbeitslosenversicherung um 1 % senken. Und wir müssen sagen, dass wir leider nicht volle 2 % Lohnzusatzkostensenkung haben werden, weil wir eine gewisse Rentensteigerung bekommen. Auch da hatten wir in diesem Jahr eine schwierige Entscheidung zu fällen. Wenn wir einfach die Rentenformel genommen hätten, dann wären die Renten in diesem Jahr gesunken, und zwar im Westen um 1 % und im Osten um 1,5 %. Wir haben uns gefragt, wie eine gerechte Politik aussieht. Die Rentnerinnen und Rentner haben durch die verschiedenen Faktoren in der Rentenformel auf absehbare Zeit keine Steigerung. Durch die Steuererhöhungen muten wir ihnen sicherlich auch ein Stück weit etwas zu. Können wir jetzt noch Rentenkürzungen verantworten? Das haben wir nicht getan. Ich stehe dazu. Aber ich sage auch, dass diese Entscheidung natürlich ihre Auswirkungen hat. Und eine der Auswirkungen ist, dass auch der Rentenbeitrag am Anfang des nächsten Jahres steigt.

In einer Politik der Wahrhaftigkeit kann sich nicht jeder seinen Teil heraussuchen, so dass der eine sich darüber beklagt, dass die Renten gekürzt wurden, und der andere, dass die Lohnzusatzkosten nicht so stark sinken. Zur Wahrhaftigkeit von Politik gehört es anzuerkennen, dass die Dinge miteinander zusammenhängen. Sparen, Steuern, Renten, Gesundheit, all dies hängt miteinander zusammen. Und da kann ich mir nicht einen kleinen Teil der Realität herausnehmen, über den reden, mich beklagen oder das loben, und auf der anderen Seite schimpfen, dass etwas anderes nicht zustande gekommen ist.

Das ist im Augenblick das Thema, über das wir sicherlich noch viele Jahre reden werden. Wir ha-

ben nicht nur eine Baustelle, sondern wir haben verschiedene Baustellen. Im Bundeshaushalt haben wir in diesem Jahr 260 Milliarden €, die wir ausgeben, und davon machen wir fast 40 Milliarden € Schulden. Von diesen 220 Milliarden €, die wir einnehmen, geben wir 80 Milliarden € für den Zuschuss zur Rente aus. Dann haben wir noch 140 Milliarden €. 40 Milliarden € brauchen wir für Hartz IV. Dann haben wir noch 100 Milliarden €, von denen wir rund 40 Milliarden € Zinsen für die Schulden bezahlen, die wir schon gemacht haben. Dann haben wir noch 60 Milliarden €. Und von diesen 60 Milliarden € müssen wir alle Beschäftigten bezahlen, die Forschungsausgaben, die Verteidigungsausgaben, die Infrastrukturausgaben, alles, was sonst die gestalterische Politik ausmacht, Familienpolitik usw. Das sind die Spielräume. Und da muss man überlegen, wo man das Geld her nimmt.

Zu verkaufen hat der Bund fast nichts mehr. Jahrelang hat man gesagt, man wolle etwas privatisieren, der Staat könnte sich von etwas trennen. Die Erwartungen an den Staat sind natürlich auch nicht gesunken. Bei der Fußballweltmeisterschaft hatten die Menschen mit Recht die Erwartung, dass es eine sichere Weltmeisterschaft wird, dass die Polizisten, wenn es darauf ankommt, durchaus eine Überstunde machen, dass alles klappt. Ich finde es auch richtig, dass die Menschen erwarten, dass die Kinder eine ordentliche Bildung bekommen, dass der Staat für Forschung sorgt, für eine anständige Infrastruktur und für die Sicherheit der Bürger. Nur zum Nulltarif ist das alles nicht zu haben. Wenn über „weniger Staat“ gesprochen wird, muss man überlegen, wo man „weniger Staat“ umsetzen kann, denn der Staat ist auch notwendig, weil er bestimmte Grundbedingungen des Zusammenlebens der Menschen sichern muss. Diese Dinge müssen wir miteinander abwägen.

Eine nächste Wahrhaftigkeit: Wir sind eine älter werdende Gesellschaft, und wir freuen uns darüber, dass die Menschen länger leben, weil wir immer mehr medizinische Möglichkeiten haben. Bei der Gesundheitsreform, so wie wir sie jetzt begonnen haben, müssen wir auch schauen, wo Geld vergeudet wird. Doch auch da gilt: Bei Strukturveränderungen gibt es immer Gewinner und solche Menschen, die es trifft. Wenn ich mehr Transparenz zwischen ambulanter und stationärer Versorgung haben möchte, also zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten, dann kann die Transparenz auch dazu führen, dass hier und da ein Krankenhaus geschlossen werden muss. Gleiches gilt, wenn ich

Sparen, Steuern, Renten, Gesundheit, all dies hängt miteinander zusammen. Und da kann ich mir nicht einen kleinen Teil der Realität herausnehmen, über den reden, mich beklagen oder das loben, und auf der anderen Seite schimpfen, dass etwas anderes nicht zustande gekommen ist.

hier und da eine Unter- bzw. Überversorgung feststelle. Ich kann von der Politik bei einer solchen Reform nicht verlangen, dass sich alles ändert, aber niemand etwas merkt. Das ist ausgeschlossen. Ich muss mich bei einer solchen Reform fragen, in wessen Auftrag ich sie mache. Ich mache sie im Auftrag derer, die versichert sind, die die Erwartung haben, dass sie eine ordentliche Gesundheitsversorgung bekommen, und nicht im Auftrag derer, die sich vielleicht einen Besitzstand in diesem System erarbeitet haben. Der Bürger als derjenige, der ein Anrecht auf eine Gesundheitsversorgung hat, muss im Mittelpunkt stehen.

Ich sage den Bürgerinnen und Bürgern, dass es intransparente Strukturen gibt. Doch das ist nicht so einfach, weil wir dann über die stationäre Versorgung reden, über die Frage: Wie viele Krankenhäuser wollen wir haben? Das ist eine politische Entscheidung. Wir können mit Sicherheit nicht so wenig Krankenhäuser haben, dass jeder 200 km zum nächsten Krankenhaus fahren muss. Das würde den Menschen mit Recht nicht gefallen. Dann kommt man an einen Punkt, wo man Effizienz gegen das, was wir den Menschen auch an Heimat und an Verwurzelung geben wollen, abwägen muss. Da kann es sein, dass man sich nicht für die billigste Lösung entscheiden kann, sondern für eine, die die Menschen mittragen, und die etwas mit Lebensqualität zu tun hat. Darüber muss man reden. Ich möchte kein Meklenburg-Vorpommern, in dem es nur noch ein Krankenhaus in der Hauptstadt gibt. Aber wir werden sicherlich auch darüber reden müssen, ob denn jede Operation in jedem Krankenhaus durchgeführt werden muss, weil bestimmte medizinische Behandlungen sehr teuer sind.

So müssen wir die Dinge analysieren, und das ist ein sehr komplizierter Prozess. Eins ist sicher: Angesichts des wachsenden medizinischen Fortschritts und der Tatsache, dass wir den Menschen eine vernünftige, ausreichende und nicht nach Klassen unterschiedene Gesundheitsvorsorge zukommen lassen wollen, und dass wir älter werden, wird das – auch bei Aktivierung aller Einsparpotentiale – dazu führen, dass das System tendenziell nicht billiger, sondern mittel- und langfristig teurer wird. Wer etwas anderes verspricht, der ist nicht wahrhaftig. Und wenn es mittel- und langfristig teurer wird, kann ich nur zwei Dinge tun: Entweder ich lasse manche nicht daran teilhaben, oder aber ich bekenne mich dazu und überlege, wie ich das regeln kann. Was ist der verträglichste Weg? Ich finde, es gehört zu einer wahrhaftigen Politik dazu, dass ich nicht

den Kopf in den Sand stecke und nur über das nächste Jahr spreche. Es geht um eine mittel- und langfristige Politik.

Wenn die CDU eine wahrhaftige Politik machen will, muss sie diesen Dingen ins Auge sehen. Auch wir haben Phasen gehabt, in denen wir das nicht getan haben. Der demographische Faktor ist von der CDU früh genug ins Rentensystem eingeführt worden. Wir haben oft bei Veranstaltungen gegessen und gewusst, dass Kurt Biedenkopf mit seinen Fakten Recht hat, und wir haben trotzdem nicht gehandelt, weil es so kompliziert ist. Aber wir sind jetzt in einer Phase angekommen, in der die Veränderungsprobleme in unserem Land so groß sind, dass wir handeln müssen.

In der großen Koalition liegen riesige Chancen. Die Debatte über das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren hätte vor drei Landtagswahlen in einer anderen politischen Konstellation völlig anders ausgesehen, weil natürlich derjenige, der in der Opposition gewesen wäre, der Wahrhaftigkeit doch wieder einen niedrigeren Stellenwert eingeräumt und das Problem nicht beim Namen genannt hätte. Darin sehe ich auch die historische Aufgabe der großen Koalition, den Problemen ins Auge zu sehen, und ein Stück mehr von den mittel- und langfristigen Weichenstellungen zum Nutzen derer vorzunehmen, die in zehn oder fünfzehn Jahren Politik machen.

Wir haben die Dinge richtig begonnen, und wir haben große Aufgaben in Bearbeitung wie die Föderalismusreform oder die Unternehmenssteuerreform. Wir haben die Frage zu erörtern, wie es weiter geht mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Da muss man ab und zu auch daran erinnern, dass das eine Idee der Union war. Und man muss auch daran erinnern, dass die Umsetzung dieser Idee durchaus unsere Kritik gefunden hat, dass wir ihr aber zum Schluss auch zugestimmt haben, weil wir immer als politisch Verantwortliche auch aus der Opposition heraus mit unserer Bundesratsmehrheit versucht haben, konstruktiv zu sein.

Und wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen, also an unsere „Unionsnase“, wenn wir nicht immer einer Meinung sind innerhalb einer großen Volkspartei. Manche wollten die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf der Ebene der Kommunen durchsetzen, es gab aber auch viele unionsregierte Länder, die meinten, das können die Kommunen alleine nicht stemmen. Es gab auch Oberbürgermeister im Deut-

Angesichts des wachsenden medizinischen Fortschritts wird das System tendenziell nicht billiger, sondern mittel- und langfristig teurer. Wer etwas anderes verspricht, der ist nicht wahrhaftig.

schen Städtetag, die uns dringend davon abgeraten haben. Deren Auffassung haben wir auch durchaus ernst genommen, denn gegen die Oberbürgermeister in allen deutschen Städten Politik zu machen, gehört nicht zu den vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen. Daraus ist jetzt ein Konstrukt geworden, das an vielen Stellen noch nicht so arbeitet, wie wir uns das vorstellen, und deshalb müssen wir immer wieder hinterfragen, ob die Richtung stimmt. Bezüglich Hartz IV muss jemand natürlich, wenn er arbeitet, mehr haben, als wenn er nicht arbeiten würde. Das ist die Grundbedingung, um Menschen Anreize zu geben, wieder in Arbeit zu kommen.

Wir werden jetzt ein Gesetz verabschieden, das Sanktionen endlich auch handhabbar macht, und in dem wir ganz klar sagen, dass derjenige, der sich unberechtigt Geld nimmt, das aus Steuergeldern kommt, für das andere arbeiten müssen, bestraft werden muss. Denjenigen, die gerne arbeiten wollen, muss der Staat helfen, wieder in Arbeit zu kommen. Ich kenne genügend Gegenden in Deutschland, in denen die Arbeitslosigkeit 20 % oder 25 % beträgt. Dort würde die große Mehrheit der Menschen gerne arbeiten. Deshalb dürfen wir das auch nie in unserer Sprache vermischen mit denjenigen, die sich auf Kosten anderer durchzuschlagen versuchen.

Zur Wahrhaftigkeit in der Politik gehört noch ein Aspekt, der jenseits unserer eigenen Grenzen liegt, und der uns in einer globalen Welt auch vor riesige Anforderungen stellt. Das ist die gesamte Frage der Europa- und Außenpolitik. Wir haben mit der sozialen Marktwirtschaft, die auf unserem christlichen Bild vom Menschen aufbaut, über viele Jahre der großen Mehrheit in unserer Bevölkerung ein würdevolles Leben ermöglichen können. Ein Leben, das Anreize geschaffen hat, das freizügige, freiheitliche Lebensgestaltung ermöglicht hat, das aber auch denen, die der Solidarität und des Schutzes in dieser Gesellschaft bedürfen, diesen Schutz und diese Solidarität hat zuteil werden lassen. Wir haben, wenn wir uns auf der Welt umgucken, ein hervorragendes Gesundheitssystem, ein gutes Bildungssystem und eine gute Infrastruktur. Wir haben Regeln, mit denen wir gelernt haben, Konflikte zu lösen. Wir haben eine ordentliche Gewaltenteilung. Das alles sind Dinge, die nicht selbstverständlich sind, in manchen anderen Teilen der Welt auch nicht vorhanden sind. Das hat dazu geführt, dass die Überlegenheit unseres Systems das Ende des Kalten Krieges herbeigeführt hat, dass wir jetzt

mit Polen und Ungarn und all den mittel- und osteuropäischen Ländern Europa vereinen konnten, dass diese Länder auch die Chance auf die freiheitliche Entwicklung haben, und dass die ganze Welt sich im Grunde mit dem Ende des Kalten Krieges neu strukturiert hat.

Jetzt stehen wir vor einer ganz neuen Situation, weil nämlich andere ihre Freiheiten auch suchen, um für ihr Land den Menschen bessere Lebensmöglichkeiten einzuräumen. Und damit steht nicht mehr und nicht weniger auf dem Prüfstand als unser christliches Menschenbild, ob wir die Kraft haben, dieses christliche Menschenbild nicht nur auf uns in Deutschland und vielleicht noch auf unsere europäischen Nachbarländer anzuwenden, sondern zu sagen: „Das gilt universell, das gilt überall.“

Entwicklungschancen müssen wir jedem einräumen und nicht nur uns in Deutschland. Und wenn es eng in Deutschland wird, können wir auf keinen Fall sagen: „Damit es hier nicht so eng ist, müssen wir anderen die Lebenschancen wieder rauben.“ Das ist eine vollkommen neue Dimension. Das hat nichts damit zu tun, dass wir irgendjemanden nur dann karitativ etwas Entwicklungshilfe zukommen lassen, wenn wir glauben, dass wir noch etwas übrig haben, sondern es hat etwas damit zu tun, ob wir unser wunderbares freiheitliches Menschenbild jedem Menschen zutrauen und auch gönnen und geben wollen. Das ist genau die Aufgabe, in der wir uns jetzt beweisen müssen, bei der andere natürlich schauen und fragen, wie weit denn unsere Solidarität reicht, wenn es um freien Welthandel geht. Die Frage lautet, welche Bedingungen wir dafür brauchen, um dieses Menschenbild umsetzen zu können.

Das ist auch eine Erfahrung der sozialen Marktwirtschaft. Sie war nie grenzenlos, sie war nicht die Freiheit von allem Anstand, sondern die soziale Marktwirtschaft hat z. B. immer ein Patentrecht, ein Urheberrecht, ein Kartellamt gekannt. Das heißt, dass man geistiges Eigentum anderen nicht einfach wegnehmen kann. Darüber muss man mit den Ländern, die heute aufsteigen, wie China und Indien reden. Ohne Regeln wird unser System der sozialen Marktwirtschaft nicht funktionieren und nicht überleben.

Die Außenpolitik, die manchmal als im eigenen Interesse betriebene Sicherung unserer Art zu leben abqualifiziert wird, brauchen wir dringend für die Einhaltung der Regeln außerhalb unserer eigenen Grenzen. Das ist das Neue an der

Wir haben, wenn wir uns auf der Welt umgucken, ein hervorragendes Gesundheitssystem, ein gutes Bildungssystem und eine gute Infrastruktur. Wir haben Regeln, mit denen wir gelernt haben, Konflikte zu lösen. Wir haben eine ordentliche Gewaltenteilung. Das alles sind Dinge, die nicht selbstverständlich sind.

Außenpolitik. Das bedeutet, den anderen ernst zu nehmen, aber auch mit ihm über die Begrenzungen zu sprechen, die unser Bild vom Menschen mit sich bringt. Wenn das, was wir als Grundlage unseres Wohlstandes brauchen und haben wollen, nämlich z. B. Forschung, Entwicklung und Innovation, woanders gestohlen werden kann, dann wird unsere Art der sozialen Marktwirtschaft keine Zukunft haben.

Jetzt heißt es, für unsere Werte zu kämpfen in einer Welt, die diese Werte nicht überall teilt, und die richtigen Strukturen dafür zu schaffen. Das ist das, was ich vor Jahren bereits mit „neuer sozialer Marktwirtschaft“ beschrieben habe. Das bedeutet nicht, dass ich die Werte, auf denen unsere soziale Marktwirtschaft beruht, nicht für richtig halte, aber ich glaube, dass das Ganze eine neue Qualität bekommen hat, weil es sich in einer globalen Welt durchsetzen muss und nach meiner Auffassung auch durchsetzen kann. Das erfordert von uns Kraft und Entscheidungsfreude im Kampf um die richtigen Mittel.

Nach meiner tiefsten Überzeugung kommt hier die europäische Dimension in einer sehr bedeutenden Art und Weise ins Spiel, indem wir nämlich mit Ländern zusammen sind, die unsere Wertmaßstäbe teilen, jedenfalls in großen Zügen. Da haben wir als europäischer Kontinent die Möglichkeit zu sagen: „Wir kämpfen gemeinsam für den Schutz des geistigen Eigentums, auch des anderen Eigentums. Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass bestimmte Regeln eingehalten werden. Wir kämpfen gemeinsam für die Universalität der Menschenrechte, und das ist der gemeinsame Grund, auf dem die Europäische Union fußt.“ Dieser gemeinsame Grund verleiht uns Stärke im Umgang mit anderen, die diese Werte nicht von Hause aus teilen.

Neben dem Friedenswerk, der Friedensdimension, die ja ein ganz großer Impetus der Gründung der Europäischen Union war, dass in Europa endlich keine Völker mehr gegeneinander Kriege führen, wie es jahrhundertlang war, ist dieser Aspekt aus meiner Sicht in einer globalen Welt auch immens wichtig geworden, dass kein Mitgliedsland mehr allein den Kampf um unsere Werte gewinnen wird. Deshalb ist diese Europäische Union eine so wunderbare Sache.

Und deshalb werden wir auch weiter dafür streiten, dass wir die Grundlagen, auf denen unser europäisches Werteverständnis beruht – und da gehört die Wurzel des Christentums vollkommen unstrittig dazu –, auch benennen, um anderen

deutlich zu machen, woraus wir unsere Kraft schöpfen. Es geht dabei nicht um ein Ausschließen. Im Übrigen versteht diese Diskussion außerhalb Europas ohnehin niemand. Man kann mit großen historischen Facetten natürlich erklären, warum es bspw. in Frankreich anders gewesen ist als in Deutschland, und das will ich auch respektvoll zur Kenntnis nehmen. Ich sage aber auch voraus, dass das in zwanzig, dreißig Jahren außerhalb Europas kein Mensch mehr versteht, sondern fragt: „Nun sagt uns doch mal, was eure Wurzeln sind.“ Wofür wollen wir kämpfen, wenn wir nicht einmal unsere eigenen Wurzeln benennen können?

Deshalb ist der Grundrechtskatalog so wichtig, und deshalb gehört das „C“ für mich dazu! Und deshalb ist es auch sehr wichtig, dass wir jenseits der Politik – im Augenblick in einer großen Koalition – uns in einer Zeit, in der wir um unsere Werte in der Welt kämpfen müssen, uns unserer Werte auch wieder vergewissern. Das ist der Grund für unsere Grundsatzprogramm Diskussion. Wir haben sie 1994 geführt, direkt nach der Deutschen Wiedervereinigung, aber wir haben in vielen Bereichen – so bei der sozialen Marktwirtschaft oder der außenpolitischen Dimension – 1994 noch nicht erkannt, in welchem unglaublichen Umbruch wir uns befinden.

Deshalb ist es richtig, dass wir diese Diskussion jetzt führen, jedoch nicht mit der Maßgabe, alles über Bord zu werfen. Ich denke, dass die Definitionen von Freiheit, von Gerechtigkeit und von Solidarität wenig – wenn überhaupt – verändert werden müssen. Daran haben diejenigen, die das Ludwigshafener Programm und das 94er Programm gemacht haben, lange gearbeitet, und dennoch ist es wichtig, dass sich die Partei hier noch einmal vergewissert. Denn die jüngeren Mitglieder bei uns können oft gar nicht verstehen, dass die SPD und die CDU und die CSU die gleichen Grundwerte haben. Das hängt damit zusammen, dass die Interpretation der Grundwerte, wie wir sie verstehen, z. B. zwischen Sozialdemokratie und Unionsparteien durchaus unterschiedlich ist.

Ich finde, es gibt eine dringende Notwendigkeit, über Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit zu sprechen, weil es sich auf keinen Fall so entwickeln darf, dass die Sozialdemokratie für sich Gerechtigkeit und Solidarität in Anspruch nimmt und wir zu einem völlig verkürzten Freiheitsverständnis kommen. Auch in unseren Reihen ist es heute so – das habe ich auf den Regionalkonferenzen gesehen und gespürt –, dass vor der Frei-

Jetzt heißt es, für unsere Werte zu kämpfen in einer Welt, die diese Werte nicht überall teilt, und die richtigen Strukturen dafür zu schaffen.

heit Ängste bestehen. Man muss deutlich sagen, dass, wenn so viel von Freiheit gesprochen wird, das nicht bedeutet, dass der Einzelne schutzlos wäre.

Unser Freiheitsverständnis lautet nie: Weil ich frei bin, brauche ich mich um meinen Nächsten nicht zu kümmern. Im Gegenteil: Gott hat uns die Freiheit gegeben zu etwas, um uns dem anderen zuzuwenden, und dieses Freiheitsverständnis müssen wir wieder in die Welt tragen, ansonsten hat ein anderer die Definitionshoheit. Es kann auf keinen Fall so sein, dass die Freiheit etwas Individuelles ist und Gerechtigkeit und Solidarität etwas Staatliches sind. Die Freiheit zu etwas ist die Freiheit, sich mit Solidarität zu engagieren, meinem Gegenüber zu helfen, mich ihm zuzuwenden und auf gar keinen Fall die Aufgabe irgendeiner anonymen Institution, die ich individuell beschimpfen kann. Freiheit und Solidarität gehören aufs Engste zusammen. Das findet auf einer Ebene statt und nicht in unterschiedlichen Hierarchien.

Ich glaube, wenn wir es als Union schaffen, den Menschen wieder nahe zu bringen, was unser Grundverständnis und unser Menschenbild sind, dann bekommen wir auch wieder Gewissheiten, auch Selbstgewissheiten, dass das, was an Veränderungsnotwendigkeit vor uns liegt, zu schaffen ist. Ich finde, unsere Wahrhaftigkeit darf auf gar keinen Fall eine depressive Wahrhaftigkeit werden, dass wir nun vor so vielen Problemen stehen, dass wir sie alle nicht mehr bewältigen können. Da hilft dann ein Rückblick in die Anfangsjahre dieser Christlich Demokratischen Union: Wie hat es ausgesehen nach dem 2. Weltkrieg, nach der vernichtenden Bilanz des Nationalsozialismus? Da haben sich Menschen gefunden, sie haben sich zusammengesetzt und gesagt: „Wir haben ein Bild vom Menschen, das

uns die Kraft gibt, eine Republik wie die Bundesrepublik Deutschland aufzubauen.“

Heute stehen wir vor einer neuen Herausforderung. Aber mit dieser Geschichte und mit dem, was in ihr an Kraft und Vision und Idealen eingebracht wurde, wird es uns möglich sein, die Probleme zu lösen, vor denen wir heute stehen. Ich wünsche mir Wahrhaftigkeit, aber bitte mit einer klaren optimistischen Grundhaltung! Und das wiederum mit dem Anspruch, nichts zu versprechen, was man nicht halten kann.

Für mich ist das christliche Menschenbild eines, mit dem Gott uns einen Auftrag gibt. Und der Auftrag heißt bestimmt nicht zu kapitulieren, bevor man begonnen hat. In diesem Sinne heißt es für mich, Politik in Wahrheit und Wahrhaftigkeit in einer demokratischen Gesellschaft zu betreiben, in der wir die Spielregeln – für mich – alternativlos festgelegt haben, in der wir immer wieder an der Transparenz dieser Spielregeln arbeiten müssen, und in der wir das Ergebnis dieser Spielregeln auch zu akzeptieren haben.

Die große Koalition ist das Ergebnis einer Wahl, an der jeder Mensch in seiner freien Möglichkeit teilhaben konnte, und deshalb heißt der Auftrag unter Einbeziehung all dessen, was wir wissen, aus diesem Auftrag für die Menschen in diesem Land das Beste zu machen. Damit wir erklären können, warum wir an einigen Stellen andere Vorstellungen haben als die anderen, brauchen wir eine Selbstvergewisserung unserer Grundwerte, aus denen heraus wir Politik gestalten. Wenn wir das wahrhaftig anderen sagen, ohne oberlehrerhaft aufzutreten, bin ich gewiss, dass unsere Art zu leben große Bewunderung und großen Respekt auf der Welt hervorrufen wird, und dafür sollten wir werben.

Es kann auf keinen Fall so sein, dass die Freiheit etwas Individuelles ist und Gerechtigkeit und Solidarität etwas Staatliches sind.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Bis zum 1. Dezember 2006 haben insgesamt 361 Leserinnen und Leser 19.065,20 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300
Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Thesen zur Sonntagsruhe der EAK-Grundsatzprogramm-Kommission

Menschen brauchen den Sonntag

Der Sonntag gehört zu den wichtigsten Beiträgen des Christentums zur Kultur in unserem Land. Er gehört zum Schutzgut unserer staatlichen Ordnung (Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung). Bei allen Debatten um Flexibilisierung und Deregulierung, bei unserem klaren Bekenntnis zu Markt und Wettbewerb muss auch der Rahmen, in dem sich Wirtschaft entfaltet, definiert werden. Die Sonntagsruhe gehört unter den Bedingungen der Globalisierung dazu. Im Hamburger Grundsatzprogramm wird der Sonntagsschutz nur im Zusammenhang mit Arbeitnehmerschutzrechten in Ziffer 97 angesprochen. Der Sonntagsschutz sollte mit Blick auf neue Fragestellungen (Videotheken, Transitverkehr, Verkaufssonntage in der Adventszeit) umfassender im neuen Grundsatzprogramm verankert werden. Insbesondere die jüngsten Gesetzesregelungen zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten auch an Sonn- und Feiertagen, in Bundesländern wie etwa Berlin, Brandenburg und Sachsen, stellen eine akute Gefährdung bzw. Aushöhlung des Gedanken der allgemeinen Arbeitsruhe an Sonntagen dar.

1. Christinnen und Christen – und damit die überwiegende Zahl der Menschen in Deutschland – feiern den Sonntag als den Tag des Herrn, weil nach christlicher Überlieferung Jesus Christus am ersten Tag nach dem Sabbat von den Toten erweckt wurde.

In der Gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz „Menschen brauchen den Sonntag“ aus dem Jahre 1999 heißt es hierzu: „Weil Jesus Christus am ersten Tag nach dem Sabbat (Markus 16,2) von den Toten auferweckt wurde, feiern Christen den Sonntag als Tag des Herrn. Der Sinn des Sabbats wurde in die Feier des Sonntags aufgenommen. Der erste der sieben Schöpfungstage ist der Anfang der Schöpfung. Die Auferstehung Jesu Christi ist der Anfang der neuen Schöpfung. So umgreift der Sonntag alte und neue Schöpfung.“

2. Der Sonntag gibt dem Zeitempfinden einen wiederkehrenden Rhythmus und gewährt einen regelmäßigen Freiraum. Dies ist auch und gerade für den Zusammenhalt in den Familien besonders wichtig.

Der persönliche Lebensrhythmus braucht ebenso wie das Leben in der Familie, in Vereinen und auch in der Arbeitswelt feste Bezüge: Je rauher die See, desto stärker muss der Anker tragen. Gerade wenn immer Flexibilität gefordert wird, wird Stabilität umso wichtiger.

3. Von Ende hergedacht führen alle „kleine Öffnungen“ bei der Sonntagsruhe, die konsumtiven Zwecken dienen, letztlich zur Aufhebung der Sonntagsruhe. Damit werden die Vorteile entfallen, die man sich heute von „kleinen Öffnungen“ für den Sonntagskonsum verspricht.

Der verfassungsrechtliche Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe kennt Untermaßverbote, nach denen die Sonn- und Feiertagsruhe auch tatsächlich erreicht werden muss, und Übermaßverbote, die ihre Grenze etwa in der allgemeinen Handlungsfreiheit, dem Gleichbehandlungsgrundsatz oder der Berufsfreiheit finden. Zunehmend werden „kleine Öffnungen“ bei der Sonn- und Feiertagsruhe gefordert: Öffnung von Videotheken, Verkauf im Umfeld von Flughäfen oder Verkaufssonntage z. B. in der Adventszeit. Jede Maßnahme für sich genommen ist keine Aufhebung der allgemeinen Sonntagsruhe, alle zusammen genommen, vom Ende hergedacht, aber schon:

■ Je mehr Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe für Konsumzwecke zugelassen werden, desto stärker können auch andere Wirtschaftsbereiche (z. B. aus dem Produktionsbereich oder aus dem Speditionsgewerbe) Blick auf die allgemeine Handlungsfreiheit, auf den Gleichbehandlungsgrundsatz oder auf die Berufsfreiheit auf die Aufhebung der Beschränkung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten an Sonn- und Feiertagen drängen.

- Je mehr Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe zugelassen werden, desto schwieriger wird es, das Sonntagsfahrverbot für LKW im Transitland Deutschland aufrecht zu erhalten. Der Druck seitens der Europäischen Kommission auf Vereinheitlichung der Fahrtzeiten würde immer stärker (siehe Initiative zur Beibehaltung des Sonntagsfahrverbotes für LKW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Drs. 15/2374 vom 16. Januar 2004).
- Am Ende einer solchen Entwicklung wird die Aufhebung der allgemeinen Sonn- und Feiertagsruhe stehen, die die „kleinen Vorteile“ der heutigen Sonn- und Feiertagsöffnungen zerstören wird: Das Einkaufszentrum am Stadtrand wäre ohne Sonntagsruhe am Sonntag nicht schneller zu erreichen, weil die Transit-LKW – wie an jeden anderen anderen Tag – die Autobahn verstopfen. Am Sonntag könnten dann eben nicht alle Familienmitglieder zum Einkaufen gehen, weil immer mehr Personen am Sonntag arbeiten müssen und das wird dann auch die Familien treffen.
- Es ist darum wichtig, möglichst allen Ausweitungstendenzen bei den Landesgesetzgebungen in Bezug auf die Neugestaltung der Ladenöffnungszeiten, die die Sonn- und Feiertage betreffen, konsequent und entschieden entgegenzutreten. Eine Aushöhlung des Geistes des Sonn- und Feiertagschutzes im Vollsinn des Wortes liegt nämlich sowohl dort vor, wo eine quantitative (z. B. Erhöhung der Zahl verkaufsoffener Sonntage wie in Berlin von vormals 4 auf 10), als auch dort, wo an eine qualitative Ausweitung (Einbeziehung kirchenjahreszeitlich geprägter Termine wie z. B. der Adventssonntage im Dezember u.ä.) der Ladenöffnungszeiten erwogen werden.
- Es darf nicht sein, dass diesbezüglich Ausnahmen schleichend zur Regel werden, so dass diese am Ende nur noch auf dem Papier besteht. Die „kleinen Vorteile Einzelner“ durch eine Abweichung von einer Norm gehen verloren, wenn alle von einer Norm abweichen.

Seit dem 20. Parteitag der CDU Deutschland in Dresden, der sich mit der überragenden Mehrheit aller Parteitagsdelegierten auf die Initiative des EAK der CDU/CSU hin gegen „weitere Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen“ ausgesprochen hat, die „über die bestehenden Regelungen in den einzelnen Bundesländern hinausgehen“ (Beschluss D 2 und D 34 siehe Seite 17), bindet dies die CDU-Frakturen in den entsprechenden Länderparlamenten in eindeutiger Weise.

Die EAK-Grundsatzprogramm-Kommission ist die gemeinsam vom EAK-Bundesvorstand und den EAK-Landesverbänden eingesetzte Arbeitsgruppe, die die Diskussion zum neuen CDU-Grundsatzprogramm begleitet.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Jetzt schon vormerken!

44. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

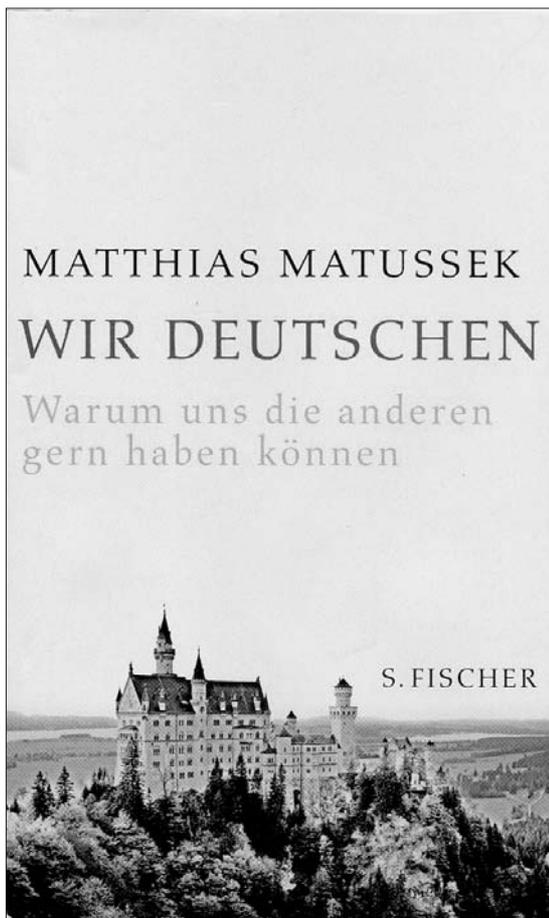
15. und 16. Juni 2007 in Potsdam

**Mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
dem Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert,
dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber
und vielen anderen.**

Evangelisches Leserforum

Matthias Matussek. *Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können.*

*Fischer Verlag.
Frankfurt 2006, 352 Seiten,
18,90 Euro*



Während der Weltmeisterschaft zeigte sich ein Patriotismus, der jung, fröhlich und unbeschwert auftrat. Passend zu diesem Anlass erschien jetzt das Buch des Spiegel-Kultur-Resort-Chefs Matthias Matussek, das sich mit den Themen Nation und Patriotismus auseinandersetzt.

Matussek bekennt sich dazu, dass er zu diesem Themenkomplex lange Zeit keinen Zugang hatte. Als Vertreter der so genannten 68er Generation beschreibt er seine frühere Überzeugung: „Wir waren Internationalisten, Kommunisten, wir hörten Bob Dylan und lasen die Mao-Bibel.“ Eindrucksvoll erzählt er, wie er gerade durch

den Nationalstolz, den er als Auslandskorrespondent des Magazins „Spiegel“ in andern Ländern kennenlernt, über sein Verhältnis zum eigenen Land nachzudenken beginnt. Er schildert anschaulich, wie er in erlauchten Dinner-Gesellschaften Großbritanniens einen britischen Nationalstolz erlebt, der sich durchaus abfällig gegenüber anderen Ländern gibt. Beeindruckt wird er, als er am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, in einer amerikanischen Kleinstadt eine patriotische Parade sieht. Und so, durch Erlebnisse in anderen Ländern herausgefordert, macht er sich auf, die Geschichte der eigenen Nation und die Lage des eigenen Landes zu betrachten. Er entdeckt, dass Deutschland nicht auf die zwölf Jahre von 1933 bis 1945 reduziert werden kann, in denen die deutsche Geschichte tatsächlich in eine falsche Richtung lief.

Als Ergebnis plädiert er für einen unverkrampften Patriotismus. Gelegentlich bissig spießt er in seinem Buch die verbreitete Political Correctness, z. B. bei Günther Grass und Joschka Fischer, auf, die die deutsche Geschichte ausschließlich unter dem Aspekt der Jahre von 1933 bis 1945 betrachten will. Spannend ist der Abschnitt über die „Rede ans Vaterland“, in welchem er die Notwendigkeit behauptet, dass „wir uns, wie jedes andere vernünftige Land, nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Konservative leisten sollten.“ Politische Ausgewogenheit und Vielfalt im demokratischen Spektrum zählt für ihn zur Normalität einer demokratisch verfassten Nation. In einem der vielen Aspekte, die das Buch beleuchtet, entdeckt er auch Sicherheit und Ordnung als positive Identifikationsfaktoren des nationalen Selbstverständnisses. Wird doch Deutschland gerade hierfür im Ausland geschätzt, wie er von dortigen Gesprächspartnern erfährt.

In Rio de Janeiro macht er die Erfahrung, dass man nachts, sofern man an einer Ampel hält, überfallen und ausgeraubt werden kann. Dies und anderes mehr lassen für den Buchautor die so viel gescholtenen deutschen Sekundärtugenden, die Sicherheit und Ordnung ermöglichen, in einem anderen positiveren Licht erscheinen. Komplettiert wird das Buch durch einige Interviews, in denen der Autor unter anderem mit Harald Schmidt, Sarah Kuttner, Ariadne von Schirach und anderen über ihr Verhältnis zu Deutschland spricht. Es macht den Reiz des Buches aus, dass nicht nur die allseits bekannten Titanen des journalistischen und literarischen Betriebs sich zu dem Thema zu Wort melden.

Gelegentlich schießt Matussek aber auch über das Ziel hinaus. Ob eine Heidi Klum, die in den Edelvierteln von Beverly Hills und New York wohnt, und die wie die meisten Vertreter des internationalen Jet-Sets multikulturell denkt und lebt, einen konstruktiven Beitrag zum Thema Patriotismus leisten kann, dürften viele – zurecht – in Frage stellen. Das Resümee des Buches wird kaum verwundern.

Wir Deutschen haben jenseits der Jahre von 1933 bis 1945 eine Geschichte und noch vieles

mehr, auf das wir stolz sein können. Wir haben Heinrich Heine und Harald Schmidt. Die Berliner Autorin Ariadne von Schirach sagt im Gespräch mit Matussek: „Deutschland ist das sanfteste, toleranteste friedlichste Land auf Erden.“ Ein solches Land, so die Auffassung von Matussek, muss man doch eigentlich gern haben.

*Peter Schuster ist Diplom-Theologe
und stellvertretender Vorsitzender
des EAK Baden-Württemberg.*



Pressemitteilung vom 29. 11. 06

EAK-Bundesvorsitzender lobt neuen EKD-Text zum Verhältnis von Christen und Muslimen

Zur Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Titel „Klarheit und gute Nachbarschaft – Christen und Muslime in Deutschland“ erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel MdB:

„Die aktuelle Handreichung des Rates der EKD zum Verhältnis von Christen und Muslimen in Deutschland ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie in gut protestantischer Weise offene Dialogbereitschaft und klare theologische Standpunktbezogenheit miteinander zu verbinden sind. Ich begrüße diesen neuen Text der EKD aber auch deshalb, weil er genau zum richtigen Zeitpunkt erscheint und somit für viele interessierte Bürgerinnen und Bürger eine hervorragende Gesprächs- und Orientierungsgrundlage zwischen Christen und Muslimen bereitstellt.

Es ist gut, dass dieser Text von evangelisch-theologischer Seite aus klar, umfassend und präzise die Spannungsbereiche sowohl in den unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen als auch diejenigen des praktischen Zusammenlebens mit Muslimen nicht verschweigt. Es ist auch zu begrüßen, dass im Hinblick auf den interreligiösen Dialog in Bezug auf zentrale Themen wie Menschenrechte, Religionsfreiheit und Bejahung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung deutliche Grenzen benannt werden.

Vor dem Hintergrund besorgniserregender Tendenzen im gegenwärtigen Islam stellt diese Stellungnahme nicht nur die eindeutige theologische Forderung nach einer hinreichenden selbstkritischen Auseinandersetzung des zeitgenössischen Islam mit sich selbst auf. Darüber hinaus versteht sie es auch, tragfähige Perspektiven des Dialoges zwischen in Deutschland lebenden Muslimen und Christen in Aussicht zu stellen.

Ich wünsche mir, dass diese hervorragende Stellungnahme nicht nur binnenkirchlich, sondern auch bei den hier lebenden Muslimen die Beachtung erfährt, die sie verdient.“

Aus unserer Arbeit

Empfang des EAK der CDU/CSU auf der EKD-Herbstsynode



Dr. Günther Beckstein und Dr. Ingo Friedrich

Äußerst erfolgreich war auch in diesem Jahr wieder der Empfang des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) auf der diesjährigen EKD-Herbstsynode in Würzburg, die unter dem Schwerpunktthema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk – Armut und Reichtum“ stattfand. Knapp 300



Kirchenpräsident Peter Steinacker und EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner im Gespräch

Gäste, darunter als Ehrengäste der bayrische Innenminister **Dr. Günther Beckstein** und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, **Dr. Ingo Friedrich**, waren anwesend. In seiner Begrüßungsrede lobte und dankte der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof **Wolfgang Huber**, Dr. Friedrich ausdrücklich für seine wichtige und zentrale,



Thomas Rachel, „Chrismon“-Chefredakteur Arnd Brummer und Bischof Wolfgang Huber

politische Arbeit in Brüssel. Bischof Huber betonte ferner, dass der traditionelle EAK-Empfang mittlerweile nicht nur lediglich ein Ereignis am Rande jeder Herbstsynode sei, sondern vielmehr ein vollgültiger Bestandteil derselben.

Der EAK-Bundesvorsitzende, **Thomas Rachel MdB**, hob in seiner Begrüßungsrede noch einmal lobend die jüngste Denkschrift des Rates der EKD unter dem Titel „Gerechte Teilhabe“ hervor und bekräftigte, dass es bei der Armutsfrage in unserer Gesellschaft um weitaus mehr als um bloß materielle Problemhori-zonte gehe. Es gebe auch eine geistig-kulturelle und geistliche Verarmung in unserem Land, beispielsweise wenn die kirchlich geprägte Sonn- und Feiertagskultur immer mehr ausgehöhlt und es zu einer schleichenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche kommen würde.

EAK bringt Antrag zum Sonntagsschutz auf dem 20. Parteitag der CDU in Dresden ein

Mit großer Mehrheit der Delegierten hat der CDU-Bundesparteitag einen Antrag zum konsequenten Sonn- und Feiertagsschutz beschlossen, der auf Initiative des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zustande gekommen ist. In seiner Ansprache vor den über 1000 Dele-

gierten betonte der EAK-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, **Thomas Rachel MdB**, die Notwendigkeit des Schutzes von Sonn- und Feiertagen als „Kristallisationspunkte“ der religiösen und gesamt-kulturellen Identität, der sich die Union besonders verpflichtet fühle. Ferner kritisierte er die jüngsten Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Adventssonntagen in Berlin, Sachsen und Brandenburg. „Wer den Sonntag mit dem Argument von Umsatz und Arbeitsplätzen antastet, stößt die Tür auf zur völligen Ökonomisierung aller menschlichen Lebensbereiche“, sagte er. „Wer die Adventssonntage flächendeckend für den Verkauf freigibt, wird am Ende auch nicht mehr den Ostersonntag schützen können“, so Rachel.

Zuvor hatte die ehemalige EAK-Bundesvorsitzende, Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**, in ihrer Rede auf dem Parteitag betont, dass das „C“ für die Christlich Demokratische Union „konstitutiv“ sei. Das christliche Menschenbild ende weder an unseren Landesgrenzen noch an den Grenzen Europas. Wenn wir so dächten, gäben wir unser christliches Menschenbild preis, sagte Merkel.

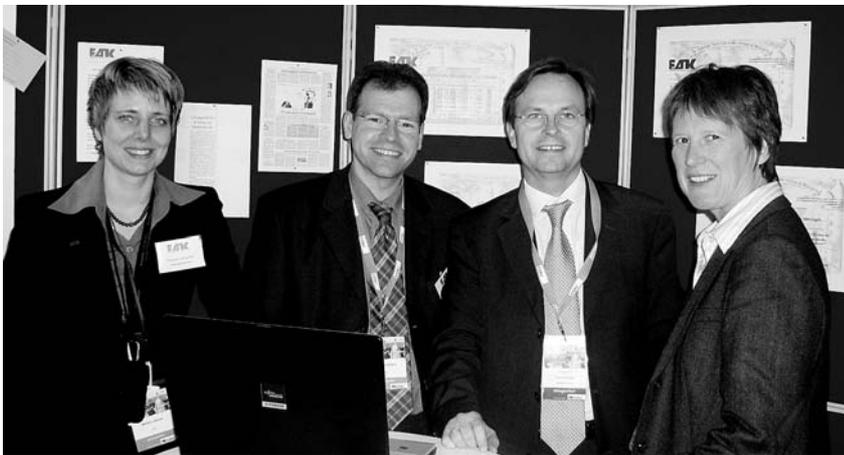
Der EAK unterstützte zudem einen Antrag für die Bekämpfung von Kinderarmut, der gemeinsam von den Unionsvereinigungen eingebracht worden war. Darüber hinaus

setzte er sich unter anderem für die Stärkung der Ehe gegenüber anderen Lebensformen in dem Antrag des CDU-Bundesvorstandes „Klein und einzigartig“ und für den Gottesbezug in der EU-Verfassung in dem Antrag „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“ ein (alle vom EAK eingebrachten Anträge finden sie unter www.eak-cducusu.de/web/download.php).

Wie bei jedem CDU-Parteitag war der EAK auch in Dresden wieder mit einem Informationsstand präsent, bei dem die Besucher diesmal nach guter lutherischer Manier die



Thomas Rachel in Dresden bei der Einbringung des Initiativantrages des EAK der CDU/CSU zum Sonntagsschutz



EAK-Referentin Melanie Liebscher, Christian Meißner, Thomas Rachel und die hessische Kultusministerin und stellv. EAK-Bundesvorsitzende, Karin Wolff Mdl, am Stand des EAK auf dem Bundesparteitag

Gelegenheit hatten, eine These zum neu entstehenden CDU-Grundsatzprogramm zu formulieren und vor Ort zu veröffentlichen. So bot der EAK-Stand auch in diesem Jahr wieder ein Forum für Begegnungen und interessanten Gedankenaustausch. In den CDU-Bundesvorstand wurde als EAK-Kandidatin die hessische Kultusministerin Karin Wolff Mdl gewählt.

Landestagung des EAK Baden-Württemberg zum Thema „Menschenwürde – Leerformel oder Leitbild?“

Evangelischer Arbeitskreis als Gedankenschmiede der CDU

„Die Menschenwürde ist abgeleitet aus dem christlichen Menschenbild“, betonte **Hans-Michael Bender**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU in Baden-Württemberg während der diesjährigen Landestagung der CDU-Vereinigung in der Johanniskirche in Mannheim. Die Menschenwürde sei auch für Nichtchristen der zentrale Wert und Ordnungsbegriff für die Fortentwicklung des Gemeinwesens. Aus diesem Grund habe sich der Landesvorstand im vergangenen Jahr die Erarbeitung eines Perspektivpapiers zum Schwerpunkt seiner politischen Arbeit gemacht. Feder-

Beschluss des CDU-Parteitags zum Schutz der Sonn- und Feiertage

Beschluss D 2 und D 34

Die CDU Deutschlands setzt sich auf der Grundlage ihrer christlichen Wertvorstellungen und ihres christlichen Menschenbildes für den Schutz des Sonntags und der kirchlichen Feiertage ein. Der Sonntag, als Tag des Gottesdienstes, der Arbeitsruhe, der Förderung der Gemeinschaftskultur und der Familien darf nicht kommerziellen Interessen zum Opfer fallen. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, keine weiteren Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen vorzunehmen, die über die bisherigen Regelungen hinausgehen. Die CDU fordert die Gesetzgeber auf, entsprechende Regelungen zum konsequenten Schutz der Sonn- und Feiertage zu treffen.



Der neu gewählte Landesvorstand des EAK-Baden-Württemberg

führend seien hierbei Apostolos **Milioni**s und Oberkirchenrat i. R. **Klaus Baschang** gewesen. Neben diesem Schwerpunktthema und der damit verbundenen Beschäftigung mit konkreten Initiativen z. B. zur Verbesserung der Beratung schwangerer Frauen im Hinblick auf einen Rückgang der hohen Abtreibungszahlen habe sich der Landesvorstand in die Erarbeitung des neuen Grundsatzzprogrammes der CDU eingebracht und sich zu Gesprächen mit den evangelischen Kirchenleitungen in Baden und Württemberg sowie mit den Spitzen des CDU-Landesverbandes, Ministerpräsident **Günther H. Oettinger** MdL und Landtagsfraktionsvorsitzender **Stefan Mappus** MdL getroffen. Bender zog ein positives Fazit des erst seit vier Jahren fusionierten Landesverbandes. Die Ausrichtung des EAK ziele nicht in erster Linie auf die Tagespolitik, sondern liege im Reflektieren und Bekennen, worin die Grundlagen einer Politik aus christlicher Verantwortung liegen.

Landtagsfraktionsvorsitzender **Stefan Mappus** MdL zollte Bender in einem Grußwort Respekt für die Arbeit des EAK. Der EAK sei zu einer Gedankenschmiede für die gesamte Landes-CDU geworden, so der Pforzheimer Politiker. Neben **Stefan Mappus** sprachen auch Staatssekretär **Thomas Rachel** MdB als EAK-Bundesvorsitzender, **Thomas Strobl** MdB als CDU-Generalsekretär sowie **Klaus-Dieter Reichardt** MdL als

Mannheimer Landtagsabgeordneter und Generalsekretär **Hartmut Steeb** von der Deutschen Evangelischen Allianz Grußworte zu den zahlreichen EAK-Mitgliedern und Gästen. Im Anschluss an den für EAK-Landestagungen traditionellen Gottesdienst, während dessen in diesem Jahr Oberkirchenrat **Dr. Michael Trensky** aus Karlsruhe die Predigt und Pfarrer **Volker Schmitt-Illert** die Liturgie hielt, hielt **Dr. Hermann Barth**, Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und gleichzeitig Mitglied des nationalen Ethikrates, ein viel beachtetes Referat zum Thema „Menschenwürde aus theologischer Sicht“. Menschenwürde sei demnach Beziehungsbegriff und gründe in der Erschaffung des Menschen zu einem Gegenüber Gottes. Diese Gottesebenbildlichkeit sei nach den Worten des Theologen nicht an besondere Eigenschaften, sondern an das lebendige Wesen gebunden und schließe Menschen mit Behinderungen ausdrücklich nicht aus. Barth sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Änderung der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs zur Verringerung der Zahl der Spätabtreibungen aus. Die Achtung des ungeborenen Kindes hänge nicht an seinen Eigenschaften. Der menschliche Embryo stehe von Anfang an unter dem Schutz der Menschenwürde und dem uneingeschränkten Lebensrecht. Der Embryo entwickle sich

nicht zum Menschen, sondern als Mensch, betonte Barth. Die Achtung vor der Menschenwürde gebiete es, „den Menschen stets als Zweck an sich und niemals bloß als Mittel zu gebrauchen“.

Die Neuwahlen des Vorstandes unter Leitung von EAK-Bundesgeschäftsführer **Christan Meißner** ergaben folgendes Ergebnis: Hans-Michael Bender bleibt mit einem überzeugenden Ergebnis für weitere zwei Jahre EAK-Landesvorsitzender. Stellvertreter sind **Hannelore Laukemann**, **Martina Sturm**, Dekan **Franz Doleschal** und **Peter Schuster**. Schatzmeister ist **Ulrich Jank**, Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit **Dr. Norbert Lurz**. Beisitzer sind Pfarrer **Johannes Bräuchle**, **Dr. Christian Herrmann**, Apostolos Milioni, **Klaus Schirmacher**, **Dr. Martin Schmid**, **Rebecca Schmitt-Illert**, **Christoph Maetz** und **Andreas Diemer**.

Das **Perspektivpapier** des EAK-Landesverbandes „**Menschenwürde – Leerformel oder Leitbild?**“ und der Vortrag von Dr. Barth sind unter www.eak-badenwuerttemberg.de unter „Download“ abrufbar.

Podiumsdiskussion des EAK Berlin-Brandenburg:

„Brauchen wir ein Bündnis für Erziehung an Berliner Schulen?“

„Brauchen wir ein Bündnis für Erziehung an Berliner Schulen?“ – diese Fragestellung beschäftigte eine rege Diskussionsrunde, die im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Berlin und Brandenburg und des CDU Forum „Schulpolitik und berufliche Bildung“ im Abgeordnetenhaus von Berlin stattfand.

Pastor **Kai-Uwe Lindloff**, Vorsitzender des Christlichen Kinder- und Jugendwerkes ARCHE, Pater **Klaus Mertes** SJ, Rektor des Canisius-Kollegs in Mitte, und Oberkonsistorialrat **Steffen-Rainer Schultz**, in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zu-

ständig unter anderem für den Religionsunterricht, diskutierten unter sachkundiger Moderation von **Susanne Vieth-Entus** vom Tagesspiegel das von Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** ins Leben gerufene „Bündnis für Erziehung“. In diesem Zusammenhang sollen gemeinsam mit den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, Wohlfahrts- und Familienverbänden und der Wirtschaft im Laufe des Jahres Eckpunkte für eine wertegebundene Erziehung von Kindern und deren Umsetzung erarbeitet werden.

Die Podiumsmitglieder erachteten eine höhere Beteiligung und Verantwortung der Eltern bei der schulischen Erziehung grundsätzlich für bedeutsamer denn je. Dabei wurde jedoch zugleich betont, dass es in dem Sinne bereits ein Bündnis für Erziehung gebe, als viele Eltern schon heute ein hohes Maß an Verantwortung übernehmen und sich auch in die schulische Erziehung ihrer Kinder einbringen.

Angesichts der Nachrichten über Gewaltvorfälle an Berliner Schulen und der Erkenntnis, dass die Schule nicht alle Probleme auffangen könne, die in unserer Gesellschaft bestehen, erlange die Erziehung zur Zivilcourage und insbesondere die praktizierte, vorgelebte Zivilcourage in der heutigen Zeit einen besonderen Stellenwert.

Im Hinblick auf ein Konzept für ein Bündnis für Erziehung hob Pater Mertes hervor, dass die erzieherische Komponente an Schulen gestärkt werden solle. Dies erfordere jedoch Zeit. Wünschenswert sei die Einrichtung eines Lernberaters, der sich um individuelle erzieherische Probleme eines Schülers kümmere. „Wenn wir die Kultur des individuellen Schülergesprächs einführen könnten, wäre viel erreicht“, so Pater Mertes. Mit der Einführung des individuellen Schülergesprächs könne die Kompetenz der Schule im Hinblick auf die Austragung von Konflikten, die aus dem Elternhaus kämen, gestärkt werden. Darüber hinaus war sich das Podium einig,

dass die Ganztagschule dazu beitragen könne, Probleme von Schülern, die sich aus dem Elternhaus ergeben, durch eine intensive Betreuung und durch außerschulische Aktivitäten aufzufangen. Wenn die Ganztagschule entsprechend gefördert würde, könne sie als Chance für die Erziehung unserer Kinder verstanden werden.

Die Diskussion ergab auch, dass es künftig wichtig sein wird, dass über die Erfahrung aus der Schule gesprochen wird, damit alle gesellschaftlichen Kräfte künftig dazu beitragen können, eine wertorientierte Erziehung zu vermitteln.

EAK-Thüringen

Neuwahlen beim EAK-Thüringen

Die Landesmitgliederversammlung des EAK Thüringen hat in Weimar ihren Landesvorsitzenden, Pfarrer i. R. **Martin Johannes Götttsching**, im



Johannes Götttsching, Generalsekretär Mike Mohring, CDU-Fraktionsvorsitzende und stellv. EAK-Bundesvorsitzende, Christine Lieberknecht MdL, und Klaus-Dietrich Hoffmann

Amt bestätigt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wählten die Delegierten erneut **Johanna Köhler** und Pfarrer **Klaus-Dietrich Hoffmann**. Neu in den Vorstand gewählt wurden der Theologe, Bürgerrechtler und Autor **Dr. Ehrhart Neubert** und mit **Dorlies Last** (RCDS-Bundesvorsitzende von 2004 bis 2006) und **Sebastian Klopffleisch** (Landesgeschäftsführer der JU Thüringen) Ver-

treter der jüngeren Generation. Der Landesvorsitzende dankte den nicht wieder zur Wahl angetretenen Vorstandsmitgliedern Landtagspräsident a. D. **Dr. Gottfried Müller** und **Dr. Karsten Wilsdorf** für ihre Mitarbeit. OKR **Christhard Wagner** überbrachte die Glückwünsche der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKMD). Wagner ermunterte die Mitglieder des EAK den Kontakt zu Pfarrern und Gemeinden zu intensivieren. Im Verhältnis der evangelischen Kirchen zu den Parteien „haben wir noch Reserven“, sagte Wagner.

Im Anschluss an die Landesmitgliederversammlung bilanzierte der Thüringer Kultusminister, **Prof. Dr. Jens Goebel**, unter dem Titel „Hat Religionsunterricht eine Zukunft?“ die Erfahrungen mit dem Fach seit der Wiedergründung des Landes Thüringen 1990. Ein knappes Drittel der Schüler besucht danach den Religionsunterricht in Thüringen. Der Unterricht soll laut Goebel über den

Kreis konfessionell gebundenen Schüler hinaus auch zu „einer neuen Inkulturation der christlichen Botschaft“ beitragen. Nach rund eineinhalb Jahrzehnten ist der Religionsunterricht für Goebel in Thüringen aus dem Fächerkanon nicht mehr wegzudenken, auch wenn zurzeit niemand sagen könne, wie er sich in zehn oder zwanzig Jahren darstellen werde.

geber: Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Die „Evangelische Verantwortung“ braucht Ihre Unterstützung

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Spenderin, lieber Spender,

das Spendenaufkommen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in diesem Jahr betrug insgesamt 19.065,20 EUR (Stand: Dezember 2006). Im Namen des gesamten EAK sowie im Namen unseres Bundesvorsitzenden Thomas Rachel möchte ich dafür allen, die uns auch in diesem Jahr finanziell wieder geholfen haben, von ganzem Herzen danken. Alle Spenderinnen und Spender haben durch ihre beträchtliche Spendenbereitschaft einen unverzichtbaren Beitrag dafür geleistet, dass der EAK als Stimme des politischen Protestantismus in Deutschland in den zurückliegenden Monaten in überzeugender Weise vernehmbar geblieben ist.

Persönlich beschwert mich allerdings seit geraumer Zeit, dass uns von den insgesamt ungefähr 11 000 Leserinnen und Lesern der „Evangelischen Verantwortung“ (EV) in diesem Jahr nur lediglich 361 auf direktem, finanziellem Wege unterstützt haben. Ohne weitere finanzielle Mithilfe wird jedoch unser politischer Aktionsradius sehr bald – vor dem Hintergrund immer knapper werdender Mittel – in deutlichem Maße geringer ausfallen müssen, als dies bisher der Fall war.

Ich bitte darum – gerade in der Advents- und Weihnachtszeit –, noch einmal um Ihre tatkräftige Unterstützung: Wenn wir von den rund 10 600 Leserinnen und Lesern der EV, die bisher noch nicht gespendet haben, im Schnitt nur einen einzigen Euro für den regelmäßigen Bezug ihres kostenfreien Jahresabonnements bekämen, hätten wir bereits unser jährliches Spendenaufkommen um mehr als die Hälfte erhöht. **Bei einer Zuwendung von nur zwei Euro pro Leserin bzw. Leser im gesamten Jahr wäre das Gesamtspendenaufkommen bereits verdoppelt.**

Bitte helfen Sie tatkräftig mit und bleiben Sie uns auch weiterhin gewogen: Die CDU Deutschlands braucht auch in Zukunft eine klare protestantische Stimme!

Ich wünsche Ihnen allen in Dankbarkeit und Verbundenheit ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes neues Jahr 2007.

Ihr 

Christian Meißner,
Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		Bankleitzahl	Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.
Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)		Bankleitzahl	
E v a n g e l i s c h e r A r b e i t s k r e i s		1 0 0 4 0 0 0 0	
Konto-Nr. des Empfängers			
2 6 6 0 9 8 3 0 0			
bei (Kreditinstitut)			
C o m m e r z b a n k B e r l i n			
Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)		Betrag: Euro, Cent	
		EUR	
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)			
Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
Konto-Nr. des Kontoinhabers			18

Konto-Nr. des Kontoinhabers
Beleg/Quittung für den Kontoinhaber
Empfänger
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Konto-Nr. _____ bei _____
266098300 10040000
EUR
Kontoinhaber/Einzahler
(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)